

Datenschutz in der Kommunalverwaltung

Recht – Technik – Organisation

Von

Dr. jur. Martin Zilkens

Leitender Städtischer Rechtsdirektor
Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Düsseldorf

begründet von

Uwe Lübking

Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund

2., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 08311 4](http://ESV.info/978_3_503_08311_4)

1. Auflage 1991
2. Auflage 2008

ISBN 978 3 503 08311 4

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2008
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der Times New Roman 9/11 Punkt

Satz: multitext, Berlin
Druck: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort zur 2. Auflage

Uwe Lübking kommt das Verdienst zu, das komplexe und für viele Kommunen nicht leicht handhabbare Gebiet des Datenschutzrechts und seiner praktischen Umsetzung im kommunalen Arbeitsalltag erstmals umfassend dargestellt zu haben.

Mehr als sechzehn Jahre danach haben sich Informationstechnik und rechtliche Grundlagen mit hoher Geschwindigkeit weiterentwickelt und gewandelt. Die Anforderungen an fachliche Kompetenz, die für die sachgerechte Wahrnehmung der Aufgaben eines kommunalen Datenschutzbeauftragten verlangt wird, sind stark gestiegen. Daraus ist die Idee geboren worden, das Handbuch neu zu schreiben. Damit wird ein Bedarf erfüllt, der daraus resultiert, dass Ansprüche aus unterschiedlichsten Fachrichtungen an den Amtsinhaber gestellt werden. Aber Datenschutz in die Arbeitsprozesse einzuführen, ist vor allem Aufgabe desjenigen, der in der täglichen Arbeit mit personenbezogenen Daten betroffener Bürger umgeht, und der zugleich vom Umgang anderer mit seinen eigenen Daten betroffen sein kann. Hier soll das Werk konkret im Fachbereich bei Führungskräften und Sachbearbeitungen Bewusstsein schaffen, wo Personenbezug besonderes Augenmerk verlangt.

Die wesentliche Erweiterung gegenüber der ursprünglichen Konzeption liegt zum einen in der Behandlung von Themenfeldern, die zum Zeitpunkt des Erscheinens der ersten Auflage noch nicht aktuell waren, wie Internetnutzung in der Kommunalverwaltung oder Informationsfreiheit. Eine Reihe von relevanten Fragestellungen sind neu aufgenommen worden, wie Datenschutz am Arbeitsplatz, bei Telearbeit oder bei Zeiterfassungssystemen. Die technischen Bedingungen haben sich gegenüber dem Bearbeitungszeitpunkt der Voraufgabe revolutioniert. Zum ändern ist der Stoff mit vertiefenden Hinweisen aus Rechtsprechung und Literatur, die bis Anfang 2008 berücksichtigt sind, wissenschaftlich fundiert, aber gleichwohl mit einer allgemein verständlichen Sprache dargestellt. So entsteht der Charakter eines lesbaren Nachschlagewerkes, das – auf der Suche nach der praktischen Lösung eines Einzelfalles zu Rate gezogen – weiterführen will. Schließlich liegt ein Schwerpunkt der Darstellung in der ausführlichen Behandlung kommunaler Aufgabenfelder, deren Datenschutz größtenteils in bereichsspezifischen Sondergesetzen geregelt ist.

Die Zusammenstellung der behandelten Bereiche orientiert sich an dem weiten Aufgabenfeld von Kommunen. Geschrieben auf der Grundlage nor-

Vorwort zur 2. Auflage

drhein-westfälischen Landesrechts, sind durchgängig auch Bestimmungen der übrigen Bundesländer berücksichtigt. Damit ist das Werk für die Arbeit in allen Kommunen Deutschlands eine nützliche Hilfe.

Neben allen, die die Erstellung des Manuskripts gefördert und unterstützt haben, gilt mein besonderer Dank dem Team der Verwaltungsbücherei der Stadtverwaltung Düsseldorf, das mich unermüdlich mit aktueller Rechtsprechung und Literatur versorgt hat.

Hinweise mit Vorschlägen für eine Ergänzung oder Modifizierung der Darstellung in der Folgeauflage sind mir stets willkommen. Meine E-Mail-Adresse lautet: martin.zilkens@stadt.duesseldorf.de

Düsseldorf, im Januar 2008

Martin Zilkens

Vorwort zur 1. Auflage

Der Einsatz moderner Informationstechnik erlangt auch in den Kommunalverwaltungen immer größere Bedeutung. Eine Vielzahl von Verwaltungsaufgaben sind Prozesse der Informationsverarbeitung. Die Nutzung der Informationstechnik birgt aber auch Gefahren in sich, z.B. die Möglichkeit, über größere Entfernungen immer mehr Informationen über die Bürger zu speichern oder zu verwenden oder aber die an verschiedenen Stellen gesammelten Informationen zusammenzuführen und damit den sog. „gläsernen Menschen“ zu schaffen. Diesen Gefahren soll der Datenschutz in Gestalt des informationellen Selbstbestimmungsrechts begegnen.

Leider stehen in der Ausbildung und Fortbildung die Kenntnisse über den Umgang mit Informationstechniken im Vordergrund, ohne dass gleichzeitig die immerhin grundgesetzlich geschützten Rechte der Betroffenen den Anwendern in gleichem Maße bekannt werden. Insbesondere die Beschäftigten in den Verwaltungen der fünf neuen Bundesländer müssen nach Jahrzehnten des staatlichen Missbrauchs im Umgang mit personenbezogenen Daten die am Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung orientierte Verarbeitung und Nutzung dieser Daten in ihrer Arbeit berücksichtigen. Dabei richtet sich das Buch nicht nur an die Beschäftigten und Behörden in den neuen Bundesländern. Es wendet sich an alle öffentlichen Stellen, die mit personenbezogenen Daten umgehen und an diejenigen, die an den vielfältigen und wichtigen Problemen des Datenschutzes interessiert sind.

Das hier vorgelegte Handbuch „Datenschutz in der Kommunalverwaltung“ hat das vorrangige Ziel, denjenigen Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung, die sich in die schwierige und komplexe Materie des Datenschutzrechts einarbeiten, durch eine einfache und fassliche, aber dennoch umfassende und praxisorientierte Darstellung den Einstieg zu erleichtern.

Neben den Erläuterungen des informationellen Selbstbestimmungsrechts und einem Überblick über die Rechtsgrundlagen und allgemeinen Schutzbestimmungen und einer Definition der wichtigen Begriffe des Datenschutzrechtes ist das Schwergewicht auf die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Datenverarbeitung, einschließlich einiger Beispiele bereichsspezifischer Gesetze, die Rechte der Betroffenen und die notwendigen Datensicherungsmaßnahmen gelegt worden. Darüber hinaus wird auch eine kurze Darstellung über die Aufgaben der Datenschutzbeauftragten und des Datenschutzes bei privaten

Vorwort zur 1. Auflage

Stellen gegeben. Schließlich gibt es einen Ausblick auf die Probleme des Datenschutzes bei der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes.

Die behandelten Felder sind für die Praxis und die tägliche Arbeit der Kommunen bedeutsam. Dabei ermöglichen die Querverweisungen im Text dem Leser, die Rechtsmaterie auch in ihrem Gesamtzusammenhang zu erschließen.

Im Interesse der Übersichtlichkeit und der besseren Verständlichkeit wurde weitgehend auf Zitate im Text verzichtet. Der Verfasser ist der Auffassung, dass in diesem Einzelfall der Verzicht auf die Zitierung der einzelnen Fundstellen im Hinblick auf die Zielsetzung des Werkes gerechtfertigt ist. Das verwendete Schrifttum ist, zusammen mit weiterführenden Abhandlungen, in dem Literaturverzeichnis aufgeführt.

Im Zeitpunkt der Drucklegung waren noch nicht alle Landesdatenschutzgesetze den Aussagen des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil angepasst. Auch lagen noch keine Datenschutzgesetze in den neuen Ländern vor. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sich diese Gesetze den hier erläuterten Vorschriften anpassen werden.

Düsseldorf, im Herbst 1991

Uwe Lübking

Inhaltsübersicht

	Seite
Kapitel 1: Einleitung, Recht auf informationelle Selbstbestimmung	51
I. Einleitung	51
II. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	54
III. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	58
Kapitel 2: Rechtsgrundlagen des Datenschutzes	63
I. Europarechtliche Vorgaben	63
II. Verfassungsrechtliche Verankerung	71
III. Einfachgesetzliche Grundlagen	75
IV. Untergesetzliche Normen	81
V. Gewohnheitsrecht	85
VI. Das Auffinden der richtigen Rechtsgrundlage	85
Kapitel 3: Begriffe	89
I. Verantwortliche Stelle	89
II. Betroffene Person	90
III. Dritter	91
IV. Personenbezogenes Datum	92
V. Automatisiertes Verfahren	97
VI. Datei und Akte	98
VII. Anonymisierung und Pseudonymisierung	100
Kapitel 4: Phasen der Datenverarbeitung	103
I. Vorbemerkung	103
II. Erheben	104
III. Speichern	106
IV. Verändern	108
V. Übermitteln, Weitergeben	109
VI. Sperren	110
VII. Löschen	111
VIII. Nutzen	112

Inhaltsübersicht

Kapitel 5: Allgemeine Schutzbestimmungen	115
I. Datengeheimnis	115
II. Geheimnisschutz und Datenschutz	118
III. Automatisierte Abrufverfahren und regelmäßige Datenübermittlung	125
IV. Straf- und Bußgeldvorschriften	126
Kapitel 6: Allgemeine Rechtsprinzipien und Instrumente	127
I. Zweckbindungsgrundsatz	127
II. Verhältnismäßigkeitsprinzip	135
III. Trennungsgebot	138
IV. Transparenzgebot	138
V. Herstellung praktischer Konkordanz	139
VI. Audit und Zertifizierung	140
Kapitel 7: Rechte des Betroffenen	147
I. Auskunft und Einsichtnahme	147
II. Informantenschutz	152
III. Verfahrensverzeichnis	156
IV. Schadensersatz	165
V. Widerspruch	166
VI. Unterrichtung	166
VII. Berichtigung, Sperrung, Löschung	167
VIII. Anrufung des Landesbeauftragten für Datenschutz	168
Kapitel 8: Zulässigkeit der Datenverarbeitung	169
I. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	169
II. Rangverhältnis zwischen Einwilligung und Rechtsvorschrift	170
III. Verarbeitungserlaubnis durch Datenschutzgesetze oder andere Rechtsvorschriften	171
IV. Verarbeitungserlaubnis durch Einwilligung	172
Kapitel 9: Bereichsspezifischer Datenschutz	177
I. Datenschutz im Sozialrecht	177
II. Datenschutz im öffentlichen Gesundheitsdienst	195
III. Datenschutz im Ausländerwesen	217
IV. Datenschutz im Melderecht	240
V. Datenschutz im Pass- und Personalausweiswesen	254
VI. Datenschutz im Personalwesen	263
VII. Datenschutz in der Schule	281
VIII. Schulpsychologische Beratung und Datenschutz	302

Inhaltsübersicht

IX.	Datenschutz und kommunale Vertretungskörperschaft (Ratsarbeit)	313
Kapitel 10: Beschäftigendatenschutz		341
I.	Datenschutz am Arbeitsplatz	341
II.	Datenschutzgerechte Telearbeit	361
III.	Datenschutz bei Zeiterfassungssystemen	375
Kapitel 11: Datenschutz bei kommunalen Belangen		389
I.	Die Kommune im Internet	389
II.	Auftragsdatenverarbeitung	419
III.	Die Datenschutzfunktion der Personalvertretung	430
IV.	Datenschutzgerechte Befragungen	434
V.	Videoüberwachung	444
Kapitel 12: Datenschutzkontrolle und Aufsicht		455
I.	Behördlicher Datenschutzbeauftragter	455
II.	Allgemeine Datenschutzaufsicht	466
Kapitel 13: Dienstanweisung/Geschäftsordnung		481
I.	Notwendigkeit	481
II.	Rechtscharakter	482
III.	Struktur und Umfang	482
IV.	Regelungsinhalte	484
V.	Beispiel einer Geschäftsordnung Datenschutz	489
Kapitel 14: Technischer Datenschutz: Datensicherheit		501
I.	Datensicherheit und IT-Sicherheit	501
II.	Organisatorischer und technischer Datenschutz: Parameter	506
III.	Sicherheitskonzeptionen	507
IV.	Organisatorische und technische Bedingungen eines datenschutzgerechten technikunterstützten Arbeits- platzes	517
V.	Die datenschutzgerechte IT-Infrastruktur der Kommune	533
Kapitel 15: Datenschutz im nicht-öffentlichen (privaten) Bereich		545
I.	Unterschiedliches Datenschutzrecht im privaten und im öffentlichen Bereich – Verfassungsrechtliche Ursachen	545
II.	Relevanz für den kommunalen Sektor	546

Inhaltsübersicht

III.	Anwendungsbereich und Grundzüge der Regelung des BDSG.	547
IV.	Unterschiede zum Landesrecht.	550
V.	Aktuelle Entwicklung zur Modernisierung des nicht- öffentlichen Datenschutzes.	552
Kapitel 16: Europäisches Datenschutzrecht.		555
I.	Einleitung.	555
II.	Europäische Rechtsquellen zum Datenschutz.	555
III.	Datenschutzbeauftragter der EU.	562
IV.	Rechtsprechung des EuGH zum Datenschutz – insbesondere die Fluggastdatenentscheidung.	563
V.	Datenschutzrechtliche Vorhaben und Projekte.	564
VI.	Ausblick.	567
Kapitel 17: Öffentliches Informationszugangsrecht.		569
I.	Öffentliches Informationszugangsrecht als Paradigmenwechsel.	569
II.	Der Anspruch auf Zugang zu Informationen.	573
III.	Einschränkungen des Anspruchs.	579
IV.	Verfahrensfragen.	585
V.	Antragsunabhängige Informationspflichten und Statistiken.	590
VI.	Entgeltlichkeit – Gebührenrechtliche Gestaltung im Lichte der Selbstverwaltungsgarantie.	590

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort zur 2. Auflage	5	
Vorwort zur 1. Auflage	7	
Inhaltsübersicht	9	
Abkürzungsverzeichnis	41	

KAPITEL 1

Einleitung, Recht auf informationelle Selbstbestimmung

	51	1–18
I. Einleitung	51	1– 8
II. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	54	9–13
III. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	58	14–18

KAPITEL 2

Rechtsgrundlagen des Datenschutzes

	63	19–55
I. Europarechtliche Vorgaben	63	19–29
1. Einleitung	63	19
2. Datenschutz in Deutschland als Mitgliedsstaat der Europäischen Union	63	19–27
a) Datenschutz-Konvention des Europarates (1981)	64	20–21
b) Datenschutzrichtlinie 95/46/EG (1995)	65	22–23
c) Richtlinie für elektronische Kommunikation 2002/58/EG (2002)	66	24
d) Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung 2006/24/EG (2006)	67	25
e) Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2000)	68	26
3. Datenschutz in den Organen und Einrichtungen der Europäischen Union	70	28
4. Fazit	70	29
II. Verfassungsrechtliche Verankerung	71	30–34
1. Einleitung	71	30

Inhaltsverzeichnis

2.	Grundgesetz	71	31–33
3.	Landesverfassungen	74	34
III.	Einfachgesetzliche Grundlagen	75	35–43
1.	Allgemeines Datenschutzrecht	75	35–40
a)	Öffentliche Stellen der Länder und Gemeinden – Landesdatenschutzgesetze	76	36–38
aa)	Adressaten	76	36
bb)	Sachlicher Anwendungsbereich	77	37
cc)	Zulässigkeit der Datenverarbeitung	77	38
b)	Öffentliche Stellen des Bundes und Nicht- öffentliche Stellen – Bundesdatenschutzgesetz	78	39–40
aa)	Adressaten	78	39
bb)	Sachlicher Anwendungsbereich	79	40
cc)	Zulässigkeit der Datenverarbeitung	79	40
2.	Bereichsspezifisches Datenschutzrecht	79	41–43
a)	Gesetze mit einzelnen Bestimmungen zum Datenschutz	80	42
b)	Eigene Gesetze über den Datenschutz in einem besonderen Bereich	80	43
IV.	Untergesetzliche Normen	81	44–48
1.	Rechtsverordnungen	81	45
2.	Satzungen	82	46
3.	Verwaltungsvorschriften, Geschäftsordnungen/ Dienstanweisungen, Dienstvereinbarungen, Ratsbeschlüsse	83	47–48
a)	Verwaltungsvorschriften, Geschäftsordnungen und Dienstanweisungen	83	47
b)	Dienstvereinbarungen	84	48
c)	Ratsbeschlüsse	85	48
V.	Gewohnheitsrecht	85	49
VI.	Das Auffinden der richtigen Rechtsgrundlage	85	50–55
1.	Europäische Rechtsgrundlagen	86	51
2.	Bundes- und Landesverfassungsrecht	86	52
3.	Bundesdatenschutzrecht	87	53
4.	Landesdatenschutzrecht	87	54
5.	Bereichsspezifische Datenschutzvorschriften	88	55

KAPITEL 3

Begriffe

		89	56–67
I.	Verantwortliche Stelle	89	56
II.	Betroffene Person	90	57

Inhaltsverzeichnis

III.	Dritter	91	58
IV.	Personenbezogenes Datum	92	59–62
V.	Automatisiertes Verfahren	97	63
VI.	Datei und Akte	98	64–65
	1. Der Dateibegriff des BDSG	98	64
	2. Der Dateibegriff des DSG NRW	99	65
VII.	Anonymisierung und Pseudonymisierung	100	66–67
	1. Anonymisierung, § 3 Abs. 7 DSG NRW	100	66
	2. Pseudonymisierung, § 3 Abs. 8 DSG NRW	101	67

KAPITEL 4

Phasen der Datenverarbeitung

		103	68–84
I.	Vorbemerkung	103	68–69
II.	Erheben	104	70–71
III.	Speichern	106	72–74
IV.	Verändern	108	75–76
V.	Übermitteln, Weitergeben	109	77–79
VI.	Sperren	110	80–81
VII.	Löschen	111	82–83
VIII.	Nutzen	112	84

KAPITEL 5

Allgemeine Schutzbestimmungen

		115	85–101
I.	Datengeheimnis	115	85–87
II.	Geheimnisschutz und Datenschutz	118	88–99
	1. Inhalte des Geheimnisschutzes	118	88–91
	a) Begriff	118	88
	b) Geheimnisherr und Geheimnisträger	118	89
	c) Wesen und Schutzgut	119	90
	d) Funktion und Schutzzweck	119	91
	2. Kategorien des Geheimnisschutzrechts	119	92
	3. Rechtsgrundlagen	120	93–95
	a) Wichtige Amtsgeheimnisse im kommunalen Kontext	120	93
	b) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	122	94
	c) Berufsgeheimnisse	122	95
	4. Verhältnis zum Datenschutzrecht	123	96–98
	5. Verhältnis zum Informationszugangsrecht	125	99

Inhaltsverzeichnis

III.	Automatisierte Abrufverfahren und regelmäßige Datenübermittlung	125	100
IV.	Straf- und Bußgeldvorschriften	126	101

**KAPITEL 6
Allgemeine Rechtsprinzipien
und Instrumente**

		127	102–131
I.	Zweckbindungsgrundsatz	127	102–117
	1. Begriff	127	102
	2. Zweckidentität	127	103–105
	a) Umfang und Feststellung des Verwendungszwecks	128	103
	b) Beispiele für bestehende Zweckidentität	128	104
	c) Zweckbindung ohne vorherige Erhebung	129	105
	3. Ausnahmen	129	106–115
	a) Zweckänderung aufgrund Rechtsvorschrift	130	106
	b) Zweckänderung zur Wahrnehmung zugewiesener Einzelaufgaben	130	107
	c) Einwilligung des Betroffenen	131	108
	d) Mutmaßliche Einwilligung	131	109
	e) Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten	131	110
	f) Allgemein zugängliche Daten	132	111
	g) Gemeinwohlbelange	132	112
	h) Repressive Maßnahmen des Straf- und Ordnungsrechts	132	113
	i) Wissenschaft und Forschung	133	114
	j) Datennutzung zur Wahrnehmung von Aufsichts- und Kontrollbefugnissen, sowie zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken	133	115
	4. Besonderer Geheimnisschutz schränkt Zweckänderungsbefugnis ein	134	116
	5. Aktuelles Beispiel eines Zweckänderungswunsches de lege ferenda: Die Autobahn-Maut	135	117
II.	Verhältnismäßigkeitsprinzip	135	118–120
	1. Verhältnismäßigkeit als Verfassungsmaßstab für die gesetzlichen Datenverarbeitungsregelungen	135	118
	2. Verhältnismäßigkeit der Datenverarbeitung: Der Erforderlichkeitsgrundsatz	136	119
	3. Datenvermeidung und Datensparsamkeit	137	120
III.	Trennungsgebot	138	121
IV.	Transparenzgebot	138	122

Inhaltsverzeichnis

V.	Herstellung praktischer Konkordanz	139	123
VI.	Audit und Zertifizierung	140	124–131
	1. Unterschiede zwischen Datenschutzaudit und Zertifizierung auf Datenschutzkonformität.	140	124
	2. Kritik	141	125
	3. Aktuelle Gesetzes- und Rechtslage	141	126
	4. Der Sonderweg von Schleswig-Holstein.	142	127–130
	a) Ablauf des Datenschutzaudits	143	128
	b) Zertifizierung von Produkten	144	129
	c) Zertifizierung von Sachverständigen	144	130
	5. Fazit	145	131
 KAPITEL 7 Rechte des Betroffenen			
		147	132–157
I.	Auskunft und Einsichtnahme	147	132–137
	1. Auskunft	147	132
	2. Einsichtnahme in Akten.	148	133
	3. Verhältnis von Auskunft und Einsichtnahme	149	134
	4. Akteneinsicht im Verwaltungs- und im Verwaltungs- gerichtsverfahren	150	135–136
	a) Verwaltungsverfahren.	150	135
	b) Verwaltungsgerichtsverfahren	151	136
	5. Akteneinsicht aus Art. 19 Abs. 4 GG	151	137
II.	Informantenschutz	152	138–142
	1. Problemstellung	152	138
	2. Geheimhaltung wegen Gefährdung der behörd- lichen Aufgabenerfüllung.	153	139–140
	a) Geheimhaltungsinteresse der Verwaltung	153	139
	b) Güterabwägung.	154	140
	3. Geheimhaltung wegen berechtigter Interessen dritter Personen	154	141
	4. Drittinteressen in bereichsspezifischen Regelungen	155	142
	a) Personalakten im öffentlichen Dienst.	155	142
	b) Sicherheitsakten	156	142
III.	Verfahrensverzeichnis	156	143–150
	1. Historie	157	145
	2. Gesetzliche Grundlagen.	157	146
	3. Führung	157	147–148
	4. Zusammenhang mit Vorabkontrollen.	159	149
	5. Anlage: Der Inhalt des Verfahrenszeichnisses eines einzelnen Verfahrens nach § 8 DSGVO NRW.	159	150

Inhaltsverzeichnis

IV.	Schadensersatz.....	165	151
V.	Widerspruch.....	166	152
VI.	Unterrichtung.....	166	153
VII.	Berichtigung, Sperrung, Löschung.....	167	154–156
VIII.	Anrufung des Landesbeauftragten für Datenschutz ...	168	157

KAPITEL 8

Zulässigkeit der Datenverarbeitung 169 158–168

I.	Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen.....	169	158
II.	Rangverhältnis zwischen Einwilligung und Rechtsvorschrift.....	170	159
III.	Verarbeitungserlaubnis durch Datenschutzgesetze oder andere Rechtsvorschriften.....	171	160–162
	1. Das Verhältnis von Bundes- zu Landesdaten- schutzrecht.....	171	160
	2. Das Verhältnis von allgemeinem zu bereichs- spezifischem Datenschutzrecht.....	171	161–162
	a) Bundesrecht bricht Landesrecht?.....	171	161
	b) Gesetzeskonkurrenz.....	171	162
IV.	Verarbeitungserlaubnis durch Einwilligung.....	172	163
	1. Rechtsnatur der Einwilligung.....	172	163
	2. Besonderheiten der datenschutzrechtlichen Einwilligung.....	173	164–168
	a) Vorherige Information des Betroffenen.....	173	164
	b) Bestimmtheit.....	173	165
	c) Form der Einwilligung.....	174	166
	d) Zeitpunkt.....	174	167
	e) Widerruf der Einwilligung.....	175	168

KAPITEL 9

Bereichsspezifischer Datenschutz 177 169–397

I.	Datenschutz im Sozialrecht.....	177	169–205
	1. Einleitung.....	177	169
	2. Kommunale Anwendungsfelder des Sozial- datenschutzes.....	177	170–171
	3. Grundlagen des allgemeinen Sozialdatenschutzes..	179	172–191
	a) Sozialgeheimnis.....	179	172
	b) Begriff der Sozialdaten.....	179	173
	c) Allgemeine Rechtsprinzipien und Instrumente .	179	174

Inhaltsverzeichnis

d)	Erhebung von Sozialdaten	180	175–182
aa)	Erhebung beim Betroffenen	180	176
bb)	Hinweispflichten bei der Datenerhebung . .	181	177
cc)	Erhebung bei Dritten	182	178
dd)	Erhebungsmodalitäten	183	179–181
ee)	Unzulässige Datenerhebung	184	182
e)	Übermittlung von Sozialdaten	184	183–186
aa)	Einzelne Übermittlungstatbestände	185	184
bb)	Beispiel: Übermittlung von Sozialdaten, die zugleich Daten von Nicht-EU- Ausländern sind	186	185
cc)	Datenabgleiche zur Missbrauchs- bekämpfung	186	186
f)	Sonstige Verarbeitung von Sozialdaten	187	187
g)	Rechte der betroffenen Person	187	188
h)	Technische und organisatorische Vorkehrungen	187	189
i)	Sozialdatenverarbeitung im Auftrag	188	190
j)	Datenschutz bei freien Trägern	188	191
4.	Besondere Problemfelder	189	192–193
a)	Aktenführung	189	192
b)	Häufig wiederkehrende Fragestellungen	189	193
5.	Sozialdatenschutzrechtliche Besonderheiten in der Jugendhilfe	190	194–205
a)	Grundsätzliches	190	194
b)	Besonderheiten bei der Datenerhebung	191	194–198
aa)	Mitwirkungspflichten	191	195
bb)	Datenerhebung auf Einwilligungsbasis	191	196
cc)	Datenerhebung ohne Mitwirkung des Betroffenen	192	197
dd)	Betroffener ist nicht zugleich Klient	192	198
c)	Besonderheiten bei anderen Daten- verarbeitungsphasen	192	199–202
aa)	Datenspeicherung	192	199
bb)	Datenübermittlung	193	200–202
d)	Jugendhilfe und Justiz	194	203
e)	Besonderer Vertrauensschutz nach § 65 SGB VIII	194	204
f)	Sonderregelungen für die Bereiche Beistand- schaft, Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft	195	205
II.	Datenschutz im öffentlichen Gesundheitsdienst	195	206–240
1.	Die besondere Situation im Gesundheitsamt	195	206–207
a)	Patienten als Betroffene der Aufgaben- zuweisung im ÖGDG NRW	195	206

Inhaltsverzeichnis

b)	Abgrenzung zum betriebsärztlichen Dienst	196	207
2.	Einschlägige Bestimmungen, die die Verarbeitung personenbezogener Daten betreffen	196	208–221
a)	Regelungsinhalte des Gesundheitsdaten- schutzgesetzes NRW	196	208
b)	Datenverarbeitungsregeln in bereichs- spezifischen, für die Tätigkeit des Gesundheits- amtes relevanten Gesetzen	197	209–218
aa)	Bundesrecht	197	209–215
bb)	Landesrecht	199	216–218
c)	Konsequenzen aus dem Schweigepflichtgebot des § 203 StGB bzw. der ärztlichen Berufs- ordnungen.	200	219–220
d)	Anwendungsfälle des Informationsfreiheits- gesetzes NRW.	201	221
3.	Akteneinsichts- und Auskunftersuchen, unter anderem Fälle des PsychKG NRW	203	222
4.	Arbeitsorganisatorische Abläufe im Gesundheits- amt, die mit der Verarbeitung personenbezogener Daten einhergehen	204	223–225
a)	Datenerhebungen in den einzelnen Bereichen des Gesundheitsamtes	204	223–224
b)	Datenspeicherung	205	225
c)	Datenübermittlung	206	225
5.	Wiederkehrende Standard-Situationen von Gesundheitsdatenverarbeitung im Gesundheitsamt	206	226–237
a)	Die Arbeit von Clearingstellen	206	226
b)	Die Protokollierung von Einsätzen im Rettungsdienst	208	227
c)	Amtsärztliche Untersuchungen und Ergebnis- übermittlung	208	228–231
aa)	Haft- und Reisefähigkeit	208	228–229
bb)	Diensttauglichkeit	210	230
cc)	Prüffähigkeitsatteste	211	231
d)	Datenübermittlung für Abrechnungszwecke (z. B. Logopädie)	211	232
e)	Datenübermittlung von Behandler-Namen bei Methadonsubstitution	212	233
f)	Datenübermittlung aus dem vertraulichen Teil von Todesbescheinigungen.	212	234
g)	Schulärztliche Untersuchungen	214	235
h)	Maßnahmen nach dem IfSG	214	236
i)	Weitere Beispiele	215	237

Inhaltsverzeichnis

6.	Vorgaben für die Datenschutzorganisation im Gesundheitsamt	215	238
7.	Datenverarbeitung im Auftrag (Outsourcing)	216	239
8.	Resümee	216	240
III.	Datenschutz im Ausländerwesen	217	241–276
1.	Vorbemerkung	217	241
2.	Grundlagen	217	242–244
	a) Allgemeine Datenerhebung durch die Ausländerbehörden	217	242
	b) Ausländerzentralregister	218	243
	c) Datenschutzrechtliche Ansprüche der Betroffenen	219	244
3.	Erhebung personenbezogener Daten	220	245–246
	a) Rechtsgrundlage	220	245
	b) Personenbezogene Daten	221	245
	c) Maßnahmen im Rahmen der Aufgabenerfüllung	221	246
	d) Hinweispflichten	222	246
4.	Übermittlungen an Ausländerbehörden	222	247–255
	a) Übermittlung auf Ersuchen	222	247
	b) Übermittlung ohne Ersuchen	224	249–253
	aa) Unterrichtung über illegalen Aufenthalt ...	225	250
	bb) Unterrichtung über den Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung	225	251
	cc) Unterrichtung über sonstige Ausweisungsgründe	226	252–253
	c) Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	228	254
	d) Unterrichtung über Straf- und Bußgeldverfahren	228	255
5.	Übermittlungen bei besonderen gesetzlichen Verwendungsregelungen	229	256–258
	a) Besondere Verwendungsregelungen	230	256
	b) Übermittlung von Daten, die von einer der in § 203 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4–6, Abs. 3 StGB genannten Personen zugänglich gemacht worden sind	230	257
	c) Übermittlung von Daten, die dem Steuergeheimnis unterliegen	230	258
	d) Übermittlung von Daten durch die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden und durch nichtöffentliche Stellen ..	231	258

Inhaltsverzeichnis

6. Verfahren bei Identitätssichernden und feststellenden Maßnahmen	231	259–260
a) Amtshilfe des Bundeskriminalamtes und Aufbewahrung der Unterlagen	231	259
b) Nutzung der Unterlagen zu anderen Zwecken	231	260
c) Vernichtung der Unterlagen	232	261
7. Übermittlungen durch Ausländerbehörden	232	262–266
a) Unterrichtungspflichten	232	262–264
aa) Unterrichtung bei Beschäftigungen oder Tätigkeit ohne erforderlichen Aufenthaltstitel	232	263
bb) Unterrichtung bei Verstößen gegen die Mitwirkungspflichten gegenüber der Bundesagentur für Arbeit und anderen Dienststellen bei Sozialleistungen sowie gegen die Meldepflicht nach AsylbLG	233	264
cc) Unterrichtungen bei Verstößen gegen Vorschriften des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes	233	264
b) Zusammenarbeit der Behörden	233	265
c) Datenübermittlungen an die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Behörden	234	266
8. Speicherung und Löschung personenbezogener Daten	234	267–268
a) Vernichtung von Unterlagen über Ausweisung und Abschiebung	234	267
b) Vernichtung von Mitteilungen nach § 87 AufenthG	234	268
c) Ausschluss des datenschutzrechtlichen Widerspruchs	235	268
9. Register zum vorübergehenden Schutz	235	269–273
a) Datenübermittlung an die Registerbehörde	235	269
b) Verantwortung für Registerinhalt, Datenpflege, Aufzeichnungspflicht bei Speicherung	235	270
c) Datenübermittlung durch die Registerbehörde	236	271
d) Aufzeichnungspflicht bei Datenübermittlung	236	272
e) Verfahren der Datenübermittlung, automatisiertes Verfahren	237	272
f) Löschung und Sperrung von Daten, Auskunft an den Betroffenen	237	273

Inhaltsverzeichnis

10. Datenübermittlung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als nationale Kontaktstelle	237	274
11. Datenverarbeitung im Asylverfahren	237	275
12. Datenverarbeitung nach dem „Antiterrorgesetz“	239	276
IV. Datenschutz im Melderecht	240	277–296
1. Vorbemerkung	240	277
2. Grundlagen	241	278–280
a) Aufgaben der Meldebehörden.	241	278
b) Richtigkeit und Vollständigkeit des Melde- registers	242	279
c) Meldegeheimnis	242	280
3. Die Rechte der Betroffenen	243	281–282
a) Auskunftsrecht, § 9 MG NRW.	243	281
b) Berichtigung und Ergänzung von Daten	244	282
c) Löschung von Daten.	244	282
4. Die einfache Melderegisterauskunft.	244	283–284
a) Frageberechtigung	244	283
b) Weitergabefähige Daten.	244	283
c) Einzelheiten.	244	283
d) Ausschluss der Auskunft	245	284
5. Die erweiterte Melderegisterauskunft	245	285–286
a) Frageberechtigung	245	285
b) Weitergabefähige Daten.	245	285
c) Unterrichtung des Betroffenen	246	286
d) Ausschluss der Auskunft	246	286
6. Datenübermittlung an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen.	246	287–288
a) Frageberechtigung	246	287
b) Weitergabefähige Daten.	247	287
c) Übermittlung an besondere Behörden.	247	288
d) Widerspruchsrecht	247	288
7. Regelmäßige Datenübermittlung in automatisierter Form.	248	289
a) Bundesrecht.	248	289
b) Landesrecht	248	289
8. Datenübermittlung an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften	248	290
a) Frageberechtigung	248	290
b) Weitergabefähige Daten.	249	290
9. Datenübermittlung an den Suchdienst.	249	291
a) Frageberechtigung	249	291
b) Weitergabefähige Daten.	250	291

Inhaltsverzeichnis

10.	Melderegisterauskunft an Parteien und Wählergruppen	250	292
	a) Frageberechtigung	250	292
	b) Weitergabefähige Daten	251	292
	c) Ausschluss der Auskunft	251	292
	d) Löschung der Daten	251	292
11.	Melderegisterauskünfte an Adressbuchverlage	251	293
	a) Frageberechtigung	251	293
	b) Weitergabefähige Daten	251	293
	c) Ausschluss der Auskunft	252	293
12.	Melderegisterauskünfte bei Alters- und Ehejubiläen	252	294
	a) Frageberechtigung	252	294
	b) Weitergabefähige Daten	252	294
13.	Gruppenauskünfte	252	295
	a) Frageberechtigung	252	295
	b) Weitergabefähige Daten	253	295
	c) Form der Anfrage	253	295
	d) Ausschluss der Auskunft	254	295
14.	Ausblick	254	296
V.	Datenschutz im Pass- und Personalausweiswesen	254	297–308
	1. Vorbemerkung	254	297
	2. Allgemeines	255	298
	3. Der Reisepass	256	299–303
	a) Passdaten	256	299
	b) Speichern von Passdaten	257	300
	c) Verwendung und Weitergabe von Passdaten (§ 22 ff. PassG)	258	301
	d) Automatischer Abruf von Passdaten	258	302
	aa) Öffentlicher Bereich (§ 17 PassG)	258	302
	bb) Nicht-Öffentlicher Bereich (§ 18 PassG)	259	302
	e) Ordnungswidrigkeiten	259	303
	4. Der Personalausweis	259	304–308
	a) Ausweisdaten	259	304
	b) Speichern von Ausweisdaten	260	305
	c) Verwendung und Weitergabe von Daten (§ 4 PAuswG)	261	306
	d) Automatischer Abruf von Personalausweisdaten	262	307
	aa) Öffentlicher Bereich (§ 3a PAuswG)	262	307
	bb) Nicht-Öffentlicher Bereich (§ 4 PAuswG)	262	307
	e) Ordnungswidrigkeiten	262	308
VI.	Datenschutz im Personalwesen	263	309–331

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	263	309
2. Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz	263	310–314
a) Vorgeschichte	264	310
b) Verbotene Benachteiligungen	264	311
c) Rechtfertigungsgründe	265	312
d) Rechtsfolgen	266	313
e) Auswirkungen auf den Datenschutz	266	314
3. Bewerberdatenschutz	267	315–317
a) Korrekte Stellenausschreibungen	267	315
b) Der richtige Umgang mit Bewerberdaten	267	316
c) Datenschutzkonformer Personalfragebogen	268	317
4. Personalaktenrecht	269	318–331
a) Vorbemerkung	269	318
b) Rechtsgrundlagen – Unterschiedliche Rechtsquellen	270	319
c) Pflicht zur Führung einer Personalakte	271	320
d) Zweck – Mittel effektiver Personalplanung	271	320
e) Struktur und Gliederung	272	321–322
aa) Grund-, Teil-, und Nebenakte	272	321
bb) Sonderfall: Beihilfeakte	273	322
f) Inhalt der Personalakte	273	323–324
aa) Formeller und Materieller Personal- aktenbegriff	273	323
bb) Sachakten	274	324
g) Grundsätze der Personalaktenführung – vier Prinzipien	275	325–328
aa) Vertraulichkeit der Personalakte	275	325
bb) Transparenz der Personalakte	276	326
cc) Wahrheit der Personalakte	277	327
dd) Vollständigkeit der Personalakte	278	328
h) Vorlage und Auskunft	279	329
i) Besonderheiten bei automatisierter Verarbeitung	279	330
j) Aufbewahrungsfristen	280	331
5. Resümee	281	
VII. Datenschutz in der Schule	281	332–352
1. Einleitung	281	332
2. Entwicklung des Datenschutzrechts im Schulbereich	282	333
3. Datenverarbeitung	284	334–342
a) Datenverarbeitung in der Schule	284	334–341
aa) Verarbeitung personenbezogener Daten	284	335
bb) Mitwirkungspflicht der Betroffenen	286	336

Inhaltsverzeichnis

cc) Zugangsberechtigung	286	337
dd) Beispiele aus der Praxis	287	337
b) Datenverarbeitung durch die Lehrkräfte	293	342
4. Datenübermittlung (-austausch)	294	343–350
a) Übermittlung an bestimmte öffentliche Stellen nach § 120 Abs. 5 Satz 1 SchulG NRW	294	343–345
b) Übermittlung an sonstige öffentliche Stellen nach § 120 Abs. 5 Satz 2 SchulG NRW	296	346–347
c) Übermittlung an Personen oder Stellen außer- halb der Verwaltung nach § 120 Abs. 5 Satz 3 SchulG NRW	298	348
5. Einsichts- und Auskunftsrecht	300	351
6. Fazit.	301	352
VIII. Schulpsychologische Beratung und Datenschutz.	302	353–369
1. Aufgaben der schulpsychologischen Beratung und Formen der Hilfe durch die schulpsycholo- gischen Dienste	302	353
2. Rechtlicher Rahmen des Beratungsverhältnisses. . .	302	354–355
a) Beratungsverhältnis bei schülerbezogener Einzelfallberatung	302	354
b) Beratungsverhältnis bei lehrerbezogener Beratung	303	355
3. Organisation schulpsychologischer Beratungs- stellen in NRW.	303	356
4. Datenerhebung – Einführungsgespräch	304	357
5. Interne Informationsweitergabe – Vorgaben durch Schweigepflicht und Datenschutzrecht.	305	358–362
a) Weitergabe personenbezogener Informationen aus Einzelfallberatungen.	305	359
b) Weitergabe anonymisierter Informationen aus Einzelfallberatungen.	306	360
c) Weitergabe von Informationen aus einzelfall- übergreifenden Beratungen	306	361
d) Zwischenergebnis.	306	362
6. Übermittlung schülerbezogener Informationen an externe Stellen	307	363
a) Übermittlung an Eltern Minderjähriger	307	363
b) Übermittlung an andere Stellen.	308	363
7. Verarbeitung von Daten zu wissenschaftlichen Zwecken	308	364
8. Aktenführung und IT-Einsatz.	308	365–368
a) Aktenanlage	308	365
b) Verschlüsselung	309	365

Inhaltsverzeichnis

c)	Aktenablage.	309	365
d)	Akteneinsicht und Informationszugang	310	366
e)	Akten- und Datenvernichtung.	310	367
f)	Technische und organisatorische Maßnahmen .	312	368
9.	Ergebnis – Leitlinien für den Inhalt eines Informationsblattes	312	369
IX.	Datenschutz und kommunale Vertretungskörperschaft (Ratsarbeit).	313	370–397
1.	Datenschutz durch Ausschluss der Öffentlichkeit. .	314	371–381
a)	Keine inhaltlichen Vorgaben	315	371
b)	Generalklausel zur Interessenabwägung (§ 48 Abs. 3 GO NRW)	315	372–375
aa)	Einwilligung des Betroffenen	316	373
bb)	Ausschluss der Öffentlichkeit für bestimmt Angelegenheiten	316	374
c)	Sitzungsteilnahme bei Nichtöffentlichkeit (§§ 48 Abs. 4, 58 Abs. 1 Satz 4 GO NRW)	319	376
d)	Verschwiegenheitspflicht von Rats- und Aus- schussmitgliedern (§§ 43 Abs. 2 i. V. m. § 30 Abs. 1 GO NRW)	320	377
e)	Weitere datenschutzrechtliche Vorgaben.	320	378–380
aa)	Öffentliche Bekanntmachung der Tages- ordnung (§ 48 Abs. 1 Satz 4 GO NRW).	320	378
bb)	Transparenz von Beschlussinhalten (§ 52 Abs. 2 GO NRW)	320	379
cc)	Datenübermittlung an Fraktionsmitglieder (§ 56 Abs. 4, 5 GO NRW)	322	380
2.	Behandlung personenbezogener Daten innerhalb kommunaler Vertretungsgremien.	323	381–394
a)	Rechtsgrundlage	324	381–385
aa)	§ 48 Abs. 3 GO NRW.	324	382
bb)	DSG NRW	325	383–384
cc)	Einwilligung	327	385
b)	Grundsatz der Datenvermeidung: Verzicht- barkeit personenbezogener Daten	327	386–387
aa)	Identität der Angelegenheiten in Rat und Ausschuss.	327	386
bb)	Erforderliche Daten.	328	387
c)	Datensicherheitsmaßnahmen	330	388–390
aa)	Tagesordnungen	330	388
bb)	Vorlagen/Drucksachen.	330	389
cc)	Niederschriften.	332	390
d)	Ratsinformationssysteme	332	391–394

Inhaltsverzeichnis

aa) Rechtliche Anforderungen.....	333	391
bb) Datenschutz im Verhältnis Öffentlichkeit – Betroffener	334	392
cc) Datenschutz innerhalb der Rats- und Aus- schussarbeit	334	393
dd) Datensicherheitsmaßnahmen	335	394
3. Jugendparlamente	337	395
4. Zusammenfassung	339	397

KAPITEL 10

Beschäftigtendatenschutz

	341	398–451
I. Datenschutz am Arbeitsplatz.....	341	398–424
1. Einleitung.....	341	398
2. Nutzung des Diensttelefons	341	398–409
a) Rechtsgrundlagen	341	398
b) Telefondatenerfassung bei dienstlicher Nutzung	342	399
c) Telefondatenerfassung bei privater Nutzung ...	343	400–401
aa) Unterscheidung zwischen Dienstlichkeit und Privatheit	343	400
bb) Gestattung von Privatgesprächen	344	401
d) Praktische Lösungen	344	402–404
aa) Telefon-Hauptanschlüsse	344	402
bb) Telekommunikationsanlagen	345	403
cc) Mobilfunk-Geräte	345	404
e) Mithören und Aufzeichnen von Gesprächs- inhalten	346	405
f) Kontrollen des Arbeitgebers.....	346	406–409
aa) Gesetzliche Vorgaben.....	346	406
bb) Betriebsverfassungs-/personalvertretungs- rechtliche Regelungen	347	406
cc) Kontrolle durch Einwilligung.....	347	407
dd) Nutzungsbeschränkung.....	348	408
ee) Konsequenzen unerlaubter privater Nutzung	348	409
3. Nutzung des dienstlichen Web-Anschlusses	349	410–416
a) Gestattung von Privatnutzung	349	410–412
aa) Grundsatz.....	349	410
bb) Die Perspektive des Arbeitgebers	350	411
cc) Die Perspektive der Beschäftigten.....	350	412
dd) Der Interessenkonflikt	351	412
b) Lösungen für die Praxis.....	351	413–414
aa) Alternative Möglichkeiten	351	413

Inhaltsverzeichnis

bb) Gestaltungsbeispiel	352	414
c) Datensicherheit	353	415
d) Konsequenzen unerlaubter Privatnutzung	354	415
e) Kontrollen des Arbeitgebers	354	416
f) Konsequenzen unerlaubter Kontrollen	354	416
4. Nutzung des dienstlichen E-Mail-Accounts	355	417–423
a) Rechtsnatur und gegenwärtiger Standard	355	417
b) Gefahren bei der E-Mail-Nutzung	355	417
c) Sicherheitsmaßnahmen	356	418–420
aa) Verschlüsselungen	356	418
bb) Digitale Signaturen	356	419
cc) Praktische Probleme	357	420
d) Spam	357	421
e) Gestattung von Privatnutzung	358	422–423
aa) Gefährdungspotential	358	422
bb) Lösungsvorschläge	359	423
5. Ausblick	361	424
II. Datenschutzgerechte Telearbeit	361	425–439
1. Einleitung	361	425
2. Begriff und Formen der Telearbeit in öffentlichen Verwaltungen	362	426
a) Isolierte Telearbeit	362	426
b) Alternierende Telearbeit	363	426
c) Satelliten- oder Nachbarschaftsbüros	363	426
3. Geeignete Tätigkeitsbereiche	363	427
4. Die besondere datenschutz- und sicherheits- relevante Problematik	364	428
5. Technische und organisatorische Maßnahmen zur Datensicherheit	365	429–432
a) Vertraulichkeit	366	430
b) Integrität	367	431
c) Verfügbarkeit	368	432
d) Authentizität	368	432
e) Revisionsfähigkeit	368	432
f) Sicherheitskonzept	369	432
6. Administrative Maßnahmen zum Datenschutz	369	433–436
a) Eignung sensibler Daten zur Verarbeitung an Telearbeitsplätzen	370	433
b) Vereinbarungen und Regelungen zum Datenschutz	371	434
aa) Regelungsgegenstand	371	434
bb) Regelungsformen	371	434
7. Einsatz geeigneter Kontrollmechanismen	373	437–438

Inhaltsverzeichnis

	a) Kontrollorgane	374	437
	b) Gewährung eines Zutrittsrechts	374	438
	c) Ausgestaltung des Zutrittsrechts	374	438
	8. Ausblick	375	439
III.	Datenschutz bei Zeiterfassungssystemen	375	440–451
	1. Einleitung	375	440
	2. Behördliche Zeiterfassung als Gestaltungselement des Arbeitnehmerdatenschutzes	377	441
	a) Maßstab	377	441
	b) Zeiterfassungsdaten als Sachakten-Daten.	377	441
	3. Datenschutzrechtliche Fragestellungen der behördlichen Zeiterfassung im Einzelnen	378	442–450
	a) Einführung behördlicher Zeiterfassungssysteme	378	442
	b) Beteiligung der Personalvertretung	379	443
	c) Unterschiedliche Zeiterfassungssysteme in der Praxis	380	444–446
	aa) Verwendung von Personalkennnummern (PIN)	380	444
	bb) Verwendung von Transponderkarten	380	444
	cc) Verknüpfung von Zeiterfassungssystemen und Zutrittskontrollsystemen.	381	445
	dd) Verwendung biometrischer Daten.	382	446
	d) Die Auswertung der erhobenen Arbeitszeitdaten	384	447–450
	aa) Auswertung durch die Personalstelle	384	447
	bb) Information der betroffenen Beschäftigten	385	448
	cc) Auswertung durch den Fachvorgesetzten	386	449
	dd) Zugriff der Personalvertretung	386	450
	4. Vorgaben für eine Dienstvereinbarung	387	451

KAPITEL 11

	Datenschutz bei kommunalen Belangen	389	452–530
I.	Die Kommune im Internet	389	452–486
	1. Kommunale e-Government-Anwendungen	389	452–463
	a) Einleitung	389	452
	b) Erscheinungsformen von e-Government.	390	453
	c) Bedrohungen für und durch e-Government-Anwendungen	391	454–455
	aa) Generelle Gefahren	391	454
	bb) Spezielle Gefahren	392	455
	d) Rahmenbedingungen für e-Government-Anwendungen	392	456–459

Inhaltsverzeichnis

aa)	Personenbezogene Daten im e-Government	392	456
bb)	Rechtliche Rahmenbedingungen	394	457–458
cc)	Technische und organisatorische Rahmen- bedingungen	396	459
e)	Einzelbeispiele	397	460–463
aa)	Onlinezugriff auf das Melderegister	398	460
bb)	Reservierung von KFZ-Wunschkennzeichen	398	461
cc)	Bücherei-Nutzungen	399	462
dd)	Elektronische Strafanzeige	399	463
f)	Zusammenfassung	400	
2.	Gestaltung von Webseiten	400	464–469
a)	Impressum	400	464–466
aa)	Anbieterkennzeichnung	400	465
bb)	Datenschutzerklärung	401	466
b)	Beschäftigtendaten im Internet	402	467
c)	Weiterleitung an Dritte (externe Links)	403	468–469
aa)	Kennzeichnung	403	468
bb)	Haftungsausschluss durch Verwendung eines „Disclaimers“	404	469
3.	Die Virtuelle Poststelle	405	470–478
a)	Idee	405	470
b)	Rechtliche Grundlage	406	470
c)	Verschiedene Arten der Signatur und ihre Qualität	407	471
aa)	Fortgeschrittene Signatur	407	471
bb)	Qualifizierte Signatur	407	471
d)	Systemarchitektur	408	472
aa)	Verschlüsselung und Signatur	408	472
bb)	Qualifizierte Signatur und Behörden- zertifikat	408	472
e)	Begriffe	408	473–476
aa)	OSCI	408	473
bb)	Governikus	409	474
cc)	Govello	410	475
dd)	Julia-Mail-Gateway	411	
f)	Beschreibung der Verfahrens	411	477
g)	Organisatorische Maßnahmen	412	478
4.	Datenverarbeitungsregeln	414	479–486
a)	Einleitung	414	479
b)	Anonyme und pseudonyme Nutzungs- möglichkeiten	414	479
aa)	Gesetzliche Vorgaben	414	479
bb)	Umsetzung	414	479

Inhaltsverzeichnis

c)	Unterrichtung des Nutzens	414	480–471
aa)	Gesetzliche Vorgaben	415	480
bb)	Umsetzung	415	481
d)	Einwilligung	416	482–483
aa)	Gesetzliche Vorgaben	416	482
bb)	Umsetzung	417	483
e)	E-Mail	417	484
f)	Elektronische Antragsstellung	418	485
g)	Auskunftsrechte	418	486
aa)	Gesetzliche Vorgaben	418	486
bb)	Umsetzung	418	486
II.	Auftragsdatenverarbeitung	419	487–500
1.	Die besondere Situation	419	487–489
a)	Gegenstand und Ziele	419	487
b)	„Outsourcing“	419	488
c)	Abgrenzung zur Funktionsübertragung	420	489
d)	Aktenvernichtung	420	489
2.	Gesetzliche Grundlagen	421	490–491
a)	Allgemeine Grundsätze	421	490
b)	Bereichsspezifische Sonderregeln – insbesondere Sozial- und Gesundheitsdaten	421	491
c)	Europarecht	422	491
3.	Beteiligte	422	492
a)	Auftraggeber	422	492
b)	Auftragnehmer	422	492
4.	Die vertragliche Regelung	423	493–499
a)	Vertragstyp	423	493
b)	Verantwortlichkeit des Auftraggebers	423	493
c)	Datenschutzrechtliche Leistungspflichten der Vertragsparteien	424	494
d)	Vertragsbeendigung	427	494
e)	Praktische Beispiele der Vertragsgestaltung im kommunalen Bereich	427	497–499
aa)	Private Auftragnehmer	427	497
bb)	IT-Rechenzentren	428	498
cc)	Wartungs- und Fernwartungsverträge	429	499
5.	Gefahren und Risiken in der Praxis	430	500
III.	Die Datenschutzfunktion der Personalvertretung	430	501–507
1.	Der Personalrat als Organisationseinheit der Verwaltung	430	502
2.	Datenschutzgerechtes Handeln des Personalrates	431	503–504
a)	Organisation	431	503

Inhaltsverzeichnis

aa)	Räumliche Gegebenheiten	431	503
bb)	Ausstattung der Arbeitsplätze.	431	503
b)	Der Umgang mit den Daten der Beschäftigten .	431	504
3.	Beaufsichtigung der Beachtung des Datenschutzes in der Dienststelle	433	505–506
a)	Kontrollbefugnis	433	505
b)	Beteiligungsrechte.	433	506
4.	Dienstvereinbarungen	434	507
IV.	Datenschutzgerechte Befragungen.	434	508–517
1.	Datenschutzrechtliche Grundlagen	435	508–512
a)	Freiwilligkeit	435	509
b)	Datenvermeidung	436	510
c)	Zweckbindung.	437	510
d)	Keine Re-Identifizierung	437	511
e)	Befristete Nutzung	439	512
f)	Erforderlichkeit der Übermittlung	439	512
2.	Befragungselemente.	439	513–514
a)	Aufklärung und Einwilligung.	439	513
b)	Fragebögen	440	514
c)	Rückantwortschreiben (Adressbogen)	440	514
d)	Abgabeverfahren.	441	514
e)	Auswertung	441	514
f)	Datenvernichtung	441	514
3.	Ablauf von Befragungen	441	515
a)	Organisatorische Maßnahmen im Vorfeld	442	515
b)	Befragung und Auswertung	442	515
c)	Folgebefragungen im Rahmen einer Langzeitstudie	443	515
4.	Besonderheiten bei der Beauftragung Dritter.	443	516
5.	Besonderheiten bei elektronischer Befragung.	443	517
a)	Verschlüsselung.	444	517
b)	Cookies	444	517
c)	Speicher- und Ablageort	444	517
V.	Videoüberwachung.	444	518–530
1.	Einleitung	444	518–520
a)	Begriffsbestimmung	445	518
b)	Utopische Literatur	445	519
c)	Teil der deutschen Geschichte.	445	520
2.	Die aktuelle Realität	446	521–522
a)	Öffentliche Forderungen	446	521
b)	Objektive Geeignetheit zur Wahrung von Sicherheit	446	521

Inhaltsverzeichnis

c) Subjektive Wahrnehmung von Videoüberwachung in der Bevölkerung	447	522
d) Technische Entwicklungen	447	522
3. Der rechtliche Rahmen	448	523–529
a) Maßnahmen der Polizei	448	523–524
aa) Strafverfolgung	448	523
bb) Gefahrenabwehr	448	524
b) Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	449	525–526
aa) § 6 b Bundesdatenschutzgesetz	449	525
bb) § 29 b Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen	451	526
c) Videoüberwachung privater Bereiche durch Kommunen	451	527
d) Abwägungsmaßstab „Allgemeines Persönlichkeitsrecht“	452	527
e) Videoüberwachung am Arbeitsplatz	453	528
4. Sicherheitskonzeptionen	453	530
5. Ausblick	454	

KAPITEL 12

Datenschutzkontrolle und Aufsicht 455 531–560

I.	Behördlicher Datenschutzbeauftragter	455	531–546
	1. Bestellung und Aufgaben eines Datenschutzbeauftragten	455	531–538
	a) Aufgaben	456	532–533
	b) Befugnisse	459	534
	c) Unterrichtungspflicht der Organisationseinheiten	459	535
	d) Organisatorische und fachliche Anbindung	460	536
	e) Datenschutz-Service für andere Stellen	460	537
	f) Persönliche Voraussetzungen	461	538
	2. Dezentrale Gewährleistung des Datenschutzes	461	539
	3. Der Beauftragte für IT-Sicherheit	462	540
	4. Aufgaben in Querschnittsbereichen, die besonders den Datenschutz berühren	463	541
	5. Fachbereichsinterne Systemadministration	464	542
	6. Tätigkeitsbericht	464	543
	7. Kommunale Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen	465	544
	8. Der Datenschutzbeauftragte bei SGB II – Arbeitsgemeinschaften (ARGE)	465	545

Inhaltsverzeichnis

9. Schulen	465	546
10. Fazit	466	
II. Allgemeine Datenschutzaufsicht	466	547–560
1. Die Datenschutzaufsicht im datenschutzgesetzlichen Gesamtgefüge	466	547–558
a) Die Datenschutzaufsicht im öffentlichen Bereich	467	548–554
aa) Aufgaben	468	549
bb) Kontrollbefugnis	468	550
cc) Beanstandungsrecht gemäß § 24 DSG NRW	470	551
dd) Anrufung durch die Bürger	471	552
ee) Datenschutzbericht	472	553
ff) Beauftragter für die Informationsfreiheit ..	473	554
b) Die Datenschutzaufsicht im nicht-öffentlichen Bereich	474	555–558
aa) Weisungsgebundenheit und Unabhängigkeit	474	556
bb) Überwachung des Datenschutzes nach § 38 BDSG	475	557
cc) Sanktionsmöglichkeiten	476	558
2. Der Datenschutzbeauftragte des Bundes	477	559
a) Amt	477	559
b) Aufgaben	478	560

KAPITEL 13

Dienstanweisung/Geschäftsordnung

	481	561–569
I. Notwendigkeit	481	561
II. Rechtscharakter	482	562
III. Struktur und Umfang	482	563
IV. Regelungsinhalte	484	564–568
1. Rahmenvorgaben	484	564
2. Hinweise zum Inhalt	485	565
a) Allgemeines	485	565
b) Datenschutz-Zuständigkeit und -Verantwortlichkeit	485	566–567
c) Amtsinterne Datenschutz-Relevanz	488	568
3. Anlagen	489	
V. Beispiel einer Geschäftsordnung Datenschutz	489	569

KAPITEL 14

	Technischer Datenschutz: Datensicherheit	501	570–615
I.	Datensicherheit und IT-Sicherheit	501	570–574
	1. Bedeutung	501	570
	2. Begriffe	501	571–572
	a) IT-Sicherheit	501	571
	b) Datensicherheit (technischer Datenschutz)	503	572
	3. Gemeinsamkeiten von IT-Sicherheit und Daten- sicherheit	504	573
	a) Identität der Maßnahmen	504	573
	b) Teilidentität der Aufgaben	505	574
	4. Schlussfolgerung	506	
II.	Organisatorischer und technischer Datenschutz: Parameter.....	506	575
III.	Sicherheitskonzeptionen.....	507	576–587
	1. Erfordernis eines IT-Sicherheitskonzeptes.....	508	577
	2. Planung eines IT-Sicherheitskonzeptes.....	509	578–580
	a) Allgemeine Grundstruktur	509	578
	b) Konkretisierung.....	510	579
	c) Vorgesehene Maßnahmen	510	579
	d) Festlegung des IT-Sicherheitsniveaus.....	511	580
	3. Erstellung des Sicherheitskonzeptes	512	581–586
	a) Zielrichtung	512	581
	b) Allgemeiner Grundschutz.....	513	582
	c) Arbeitsplatzebene	514	583
	d) Zentralrechnerebene.....	515	584
	e) Automatisierte Verfahren.....	515	585
	f) Administration.....	515	585
	g) Revision und Kontrolle.....	516	586
	h) Notfallvorsorge.....	516	586
	i) Schwachstellen/Risikoanalyse.....	516	586
	j) Fortschreibung.....	516	586
	4. Umsetzung des Sicherheitskonzeptes	517	587
	5. Fazit.....	517	
IV.	Organisatorische und technische Bedingungen eines datenschutzgerechten technikunterstützten Arbeitsplatzes	517	588–604
	1. Arbeitsplatzrechner.....	517	588
	a) Ausstattung, Aufstellung und Betrieb	517	588
	2. Datenträger	518	589
	3. Drucken – Kopieren – Scannen	519	590–592
	a) Druck- und Kopiersysteme	519	590

Inhaltsverzeichnis

b) Scanner.....	520	591
c) Multifunktionssysteme.....	520	592
4. Datenschutzgerechter Umgang mit Telefax.....	521	593–596
a) Einleitung.....	521	593
b) Risiken der Nutzung von Telefaxdiensten.....	521	594
c) Hinweise zum datenschutzgerechten Umgang mit dem Telefax.....	523	595
d) Besonderheit: Verwaltungsakt per Fax?.....	524	596
5. Altakten- und Datenträgervernichtung.....	525	597–603
a) Der Begriff der Löschung.....	526	598
b) Technische Vorgaben.....	526	599–601
aa) Vernichtung von Schriftgut.....	526	599
bb) Vernichtung von Filmen/Mikrofilmen.....	527	599
cc) Vernichtung von Magnetdatenträgern.....	527	600
dd) Vernichtung von CD-ROM /DVD-Medien.....	529	601
ee) Wechseldatenträger.....	529	601
c) Organisatorische Maßnahmen.....	530	602
d) Informationsträgervernichtung im Auftrag.....	531	
6. Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiter.....	532	604
V. Die datenschutzgerechte IT-Infrastruktur der Kommune.....	533	605–615
1. Hostsysteme.....	533	605
2. Netzwerke/Client-Server-Systeme.....	533	606
3. Das Intranet.....	534	607
4. Einsatz datenschutzgerechter Software.....	535	608–615
a) Grundsätzliches zur Vorabkontrolle.....	536	609
b) Besonderheiten.....	537	610
c) Prüfungsumfang.....	538	611
d) Check-Liste.....	539	612–615
e) Durchführung der Vorabkontrolle.....	542	

KAPITEL 15

Datenschutz im nicht-öffentlichen (privaten) Bereich

	545	616–623
I. Unterschiedliches Datenschutzrecht im privaten und im öffentlichen Bereich – Verfassungsrechtliche Ursachen.....	545	616
II. Relevanz für den kommunalen Sektor.....	546	617
III. Anwendungsbereich und Grundzüge der Regelung des BDSG.....	547	618–620
1. Adressat des BDSG.....	547	618

Inhaltsverzeichnis

2.	Inhalt der gesetzlichen Regelung	548	619–620
	a) Datenverarbeitung für Zwecke eigener Nutzung	548	619
	b) Geschäftsmäßige Datenerhebung und -speicherung zum Zweck der Übermittlung	550	620
IV.	Unterschiede zum Landesrecht	550	621
V.	Aktuelle Entwicklung zur Modernisierung des nicht-öffentlichen Datenschutzes	552	622–623

KAPITEL 16

	Europäisches Datenschutzrecht	555	624–635
I.	Einleitung	555	624
II.	Europäische Rechtsquellen zum Datenschutz	555	624–629
	1. Primärrecht	555	624
	2. Sekundärrecht	556	625–639
	a) EU-Datenschutzrichtlinie	557	626–627
	b) EU-Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation	559	628
	c) EU-Richtlinie zur Vorratsspeicherung von Kommunikationsdaten	561	629
III.	Datenschutzbeauftragter der EU	562	630
IV.	Rechtsprechung des EuGH zum Datenschutz – insbesondere die Fluggastdatenentscheidung	563	631
V.	Datenschutzrechtliche Vorhaben und Projekte	562	632–634
	1. Geplanter Rahmenbeschluss zum Datenschutz bei polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit . .	564	632
	2. Geplante EU-Richtlinie zum Arbeitnehmer- datenschutz	565	633
	3. Private Initiativen in einzelnen Mitgliedsstaaten . . .	566	634
VI.	Ausblick	567	635

KAPITEL 17

	Öffentliches Informationszugangsrecht	569	636–665
I.	Öffentliches Informationszugangsrecht als Paradigmenwechsel	569	636–640
	1. Das Informationszugangsrecht im engeren Sinn . . .	569	636
	2. Transparenz der Verwaltung	569	637
	a) Amtsgeheimnis und Öffentlichkeit der Verwaltung	569	637
	b) Verfassungsrechtliche Grundlagen	570	638

Inhaltsverzeichnis

c) Recht der Europäischen Union.....	572	639
3. Zielsetzungen	572	640
II. Der Anspruch auf Zugang zu Informationen	573	641–647
1. Inhalt	573	641–644
a) Anspruchsgegner.....	574	642
b) Begriff der Verwaltungstätigkeit: Verwaltungstätigkeit durch Personen des Privatrechts.....	575	643
c) Gegenstand des Auskunftsrechts.....	576	644
2. Verhältnis zu besonderen Rechtsvorschriften: Sperrwirkung oder Ergänzung?	577	645
a) Spezialität	577	
b) Verhältnis Landesrecht/Bundesrecht	579	
III. Einschränkungen des Anspruchs	579	648–655
1. Schutz öffentlicher Belange.....	580	649
2. Behördlicher Entscheidungsbildungsprozess.....	580	650
3. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen .	581	651
4. Schutz personenbezogener Daten.....	582	652
5. Kritik	584	655
IV. Verfahrensfragen	585	656–663
1. Form und Bestimmtheit des Antrags	585	656
2. Antragsbefugnis	585	657
3. Frist	585	658–659
a) Gesetzliche Voraussetzungen	585	658
b) Konsequenzen der Fristüberschreitung	586	659
4. Art der Informationsgewährung	587	660
5. Die ablehnende Behördenentscheidung	588	661–663
a) Rechtsnatur	588	661
b) Rechtsschutz des Antragstellers	588	662
c) Rechtsschutz des betroffenen Dritten.....	589	663
V. Antragsunabhängige Informationspflichten und Statistiken	590	664
VI. Entgeltlichkeit – Gebührenrechtliche Gestaltung im Lichte der Selbstverwaltungsgarantie	590	665
Literaturverzeichnis.....	593	
Stichwortverzeichnis	601	